

Stand: 20.04.2025 02:40:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3212

"Flucht von Straftätern in Niederbayern: Aufklärung und Konsequenzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3212 vom 06.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3797 des VF vom 10.10.2024
3. Beschluss des Plenums 19/3973 vom 13.11.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 13.11.2024



Antrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Horst Arnold, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Flucht von Straftätern in Niederbayern: Aufklärung und Konsequenzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im zuständigen Ausschuss über die Flucht von vier Straftätern aus dem Bezirkskrankenhaus Straubing am 17.08.2024 und die Flucht eines Straftäters bei einem Freigang aus dem Bezirkskrankenhaus Mainkofen am 08.08.2024 zu berichten. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie konkret ist die Flucht jeweils erfolgt?
- Wie kamen die vier Straftäter im Bezirkskrankenhaus Straubing an einen spitzen Gegenstand für die erfolgte Geiselnahme? Gibt bzw. gab es Hinweise auf vorherige Absprachen zwischen den vier Straftätern?
- Weswegen wurde dem im Bezirkskrankenhaus Mainkofen untergebrachten Straftäter beim Freigang keine männliche Begleitperson zugeteilt?
- Wie gestaltete sich die konkrete Personalsituation am jeweiligen Tag?
- Wie und in welchem Zeitrahmen erfolgte jeweils die Alarmierung der Polizei?
- Über welche persönliche Notrufeinrichtungen verfügte das zuständige Personal jeweils?
- Welchen konkreten Sicherheitsmaßnahmen waren die Geflüchteten jeweils unterworfen?
- Wer hat die Sicherheitsmaßnahmen jeweils zu welchem Zeitpunkt auf welcher Grundlage angeordnet?
- Welche Kenntnisse hatte das zuständige Staatsministerium von den Sicherheitsmaßnahmen vor der jeweiligen Flucht?
- Wurde die Ankündigung der damaligen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf vom 12.08.2019 umgesetzt, angesichts der geplanten Umstrukturierungen im Straubinger Bezirkskrankenhaus „die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung besonders zu berücksichtigen“? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht? Fand hierzu eine regelmäßige Evaluierung statt? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht?
- Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus beiden Fluchtereignissen, um dies künftig zu verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht weiter zu beeinträchtigen?
- Welchen Informationsfluss gibt es zwischen psychiatrischen Einrichtungen und Polizeibehörden?

- Welche Ermittlungsverfahren wurden aufgrund der Fluchtereignisse eingeleitet?
- Welchen Stand haben diese Ermittlungsverfahren?
- Welche Erkenntnisse haben die Polizeibehörden über den Aufenthaltsort der vier aus dem Bezirkskrankenhaus geflohenen Straftäter?

Begründung:

Am vergangenen Samstag sind nach einer Geiselnahme vier im Bezirkskrankenhaus Straubing untergebrachte Straftäter geflohen. Bisher konnten sie nicht gefasst werden. Sie hatten auf der Station für Krisenintervention einen Mitarbeiter in ihre Gewalt gebracht und gedroht, ihn umzubringen. Der Mitarbeiter wurde dabei im Gesicht verletzt. Zwei der geflüchteten Männer sind wegen Drogendelikten, die anderen beiden wegen Diebstahls untergebracht. Erst eine Woche davor war ein 24-jähriger Straftäter bei einem begleiteten Freigang in Plattling entkommen. Er hatte 2021 im Bayerischen Wald einen Obdachlosen mit über 100 Messerstichen getötet und anschließend enthauptet. Diese Vorfälle beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der bayerischen Bevölkerung und weisen auf Defizite bei Sicherheitsvorkehrungen in der Unterbringung hin. Obwohl die Staatsregierung bereits am 12.08.2019 in Bezug auf das Bezirkskrankenhaus Straubing angekündigt hatte, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung besonders zu berücksichtigen, sind erneut Entweichungen und Probleme festzustellen. Die Staatsregierung muss dem Landtag daher über die Vorfälle und die daraus zu ziehenden Konsequenzen berichten sowie etwaige eigene Versäumnisse aufklären.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Holger Griebshammer, Horst Arnold, Anna Rasehorn
u.a. SPD
Drs. 19/3212**

Flucht von Straftätern in Niederbayern: Aufklärung und Konsequenzen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 10. Oktober 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Horst Arnold, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/3212, 19/3797

Flucht von Straftätern in Niederbayern: Aufklärung und Konsequenzen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im zuständigen Ausschuss über die Flucht von vier Straftätern aus dem Bezirkskrankenhaus Straubing am 17.08.2024 und die Flucht eines Straftäters bei einem Freigang aus dem Bezirkskrankenhaus Mainkofen am 08.08.2024 zu berichten. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie konkret ist die Flucht jeweils erfolgt?
- Wie kamen die vier Straftäter im Bezirkskrankenhaus Straubing an einen spitzen Gegenstand für die erfolgte Geiselnahme? Gibt bzw. gab es Hinweise auf vorherige Absprachen zwischen den vier Straftätern?
- Weswegen wurde dem im Bezirkskrankenhaus Mainkofen untergebrachten Straftäter beim Freigang keine männliche Begleitperson zugeteilt?
- Wie gestaltete sich die konkrete Personalsituation am jeweiligen Tag?
- Wie und in welchem Zeitrahmen erfolgte jeweils die Alarmierung der Polizei?
- Über welche persönliche Notrufeinrichtungen verfügte das zuständige Personal jeweils?
- Welchen konkreten Sicherheitsmaßnahmen waren die Geflüchteten jeweils unterworfen?
- Wer hat die Sicherheitsmaßnahmen jeweils zu welchem Zeitpunkt auf welcher Grundlage angeordnet?
- Welche Kenntnisse hatte das zuständige Staatsministerium von den Sicherheitsmaßnahmen vor der jeweiligen Flucht?
- Wurde die Ankündigung der damaligen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf vom 12.08.2019 umgesetzt, angesichts der geplanten Umstrukturierungen im Straubinger Bezirkskrankenhaus „die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung besonders zu berücksichtigen“? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht? Fand hierzu eine regelmäßige Evaluierung statt? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht?

- Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus beiden Fluchtereignissen, um dies künftig zu verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht weiter zu beeinträchtigen?
- Welchen Informationsfluss gibt es zwischen psychiatrischen Einrichtungen und Polizeibehörden?
- Welche Ermittlungsverfahren wurden aufgrund der Fluchtereignisse eingeleitet?
- Welchen Stand haben diese Ermittlungsverfahren?
- Welche Erkenntnisse haben die Polizeibehörden über den Aufenthaltsort der vier aus dem Bezirkskrankenhaus geflohenen Straftäter?

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Aufklärung über Investitionen und Risiken von US-Investments der Bayerischen Versorgungskammer" auf Drucksache 19/3350 gesondert abzustimmen.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Satz folgende Fassung erhält:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unter Berücksichtigung der prozessualen Gegebenheiten schriftlich und im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich über die direkten oder indirekten Investitionen der Bayerischen Versorgungskammer (BVK) in Luxusimmobilien in den USA und die deshalb drohenden Verluste zu berichten."

Wer dem Antrag auf Drucksache 19/3350 mit der empfohlenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der geänderten Fassung beschlossen.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmliste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einver-

standen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus.
Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Richtlinie über den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen

21.06.2024 - 24.12.2024

Drs. 19/3615, Drs. 19/3943

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionalen Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/3943 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft der Sozialwirtschaft: Negative Auswirkungen der EU-Taxonomie auf die Sozialwirtschaft verhindern
Drs. 19/2842, 19/3875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Anna Rasehorn u.a. SPD
Flucht von Straftätern in Niederbayern: Aufklärung und Konsequenzen
Drs. 19/3212, 19/3797 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Straftäter aus Bayern priorisiert abschieben
Drs. 19/3335, 19/3798 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Corona-Unrecht beenden! Freiheit für den inhaftierten Impfverweigerer nach Begnadigung durch den Ministerpräsidenten
Drs. 19/3342, 19/3799 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Griefßhammer, Horst Arnold u.a. SPD
Aufklärung über Investitionen und Risiken von US-Investments der Bayerischen Versorgungskammer
Drs. 19/3350, 19/3803 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Klage des Freistaates Bayern gegen den Bund wegen Verstoß gegen Art. 16a Grundgesetz
Drs. 19/3352, 19/3800 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten beschleunigen
Drs. 19/3421, 19/3801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Maximilian Böttl, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anmietung von Räumen für die Ganztagsbetreuung fördern
Drs. 19/3451, 19/3804 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Sicherung der Freiwilligendienste in Bayern aufgrund des fehlenden Abiturjahrgangs 2025 – Einrichtung eines Strukturfonds
Drs. 19/3466, 19/3805 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen
Drs. 19/3467, 19/3807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zur Reform des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes anlässlich der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Entlohnung von Strafgefangenen
Drs. 19/3468, 19/3802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. SPD
Für eine starke Berufsausbildung in Bayern I – Übergänge
für alle Jugendlichen von der Schule in den Beruf sicherstellen
Drs. 19/3498, 19/3907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. SPD
Für eine starke Berufsausbildung in Bayern II – Evaluation der
Maßnahmen im sogenannten Übergangsbereich
Drs. 19/3499, 19/3814 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>